

An
die Duisburger Lokalredaktionen

Duisburg, den 21.06.2025

Pressemitteilung: Hundekot, Hochmut und handwerklicher Murks – Rat lehnt JUDU-Änderungsantrag zur Kotbeutelspflicht ab

Duisburg. Mit einer Mischung aus Ignoranz und Überheblichkeit hat der Stadtrat in seiner heutigen Sitzung den Änderungsantrag der Junges-Duisburg-Fraktion zur sogenannten „Kotbeutelspflicht“ abgeschmettert – und das, obwohl JUDU als einzige Fraktion einen rechtssicheren und praxistauglichen Vorschlag vorgelegt hatte. Statt klarer Regeln gibt es nun eine Verordnung, die so schwammig ist, dass sie jeder Auslegung Tür und Tor öffnet.

„Wenn man schon Hundebesitzern etwas vorschreiben will, dann bitteschön richtig und verständlich“, so Frederik Engeln, Fraktionsvorsitzender von Junges Duisburg. „Unser Änderungsantrag war kein Widerspruch, sondern ein verantwortungsbewusster Versuch, eine schlechte Verordnung wenigstens halbwegs handhabbar zu machen. Wer das nicht versteht, hat den Unterschied zwischen plakativer Stimmungsmache und Politik nicht begriffen.“

Der Vorschlag der Verwaltung: Hundehalter sollen eine „ausreichende Anzahl geeigneter Kotbeutel oder anderer geeigneter Behältnisse“ mit sich führen. Was bitte ist ausreichend? Was gilt als geeignet? Und wie viele Beutel sind genug für einen Spaziergang mit zwei Hunden? Solche Fragen ließ man unbeantwortet – und beschloss die Regelung trotzdem.

Die Spitze des Realitätsverlusts lieferte der Rechtsdezernent der Stadt, Paul Bischof, der die Verordnung allen Ernstes mit der Pflicht zum Mitführen einer Warnweste im Auto verglich. Dabei steht in der Straßenverkehrsordnung klar: eine Warnweste pro Fahrzeug – ganz präzise und eindeutig. Genau das hatte auch JUDU beantragt: „mindestens einen unbenutzten Hundekotbeutel“. Das wurde abgelehnt – mit der Begründung, es sei ja ohnehin das Gleiche.

Die CDU versuchte sich währenddessen in höhnischem Spott: Man könne doch nicht gegen die Regelung sein und dann trotzdem einen Änderungsantrag stellen. Doch genau das ist der Unterschied zwischen uns und der Abnicker-Koalition: Während CDU und SPD entweder blind zustimmen oder blöd lachen, trägt Junges Duisburg Verantwortung. Wenn schon Regeln, dann bitte solche, die verständlich, vollziehbar und rechtlich sauber sind.

Die SPD wiederum feierte sich dafür, jetzt „endlich etwas für Sauberkeit in Duisburg“ getan zu haben. Aber worum geht es den Menschen in dieser Stadt wirklich? Nicht um semantische



JUNGES DUISBURG-FRAKTION
Kühlenwall 12 | 47051 Duisburg



T 0203 - 93598778
W www.judu-fraktion.de
M info@judu-fraktion.de



B Sparkasse Duisburg
IBAN DE13 3505 0000 0200 3876 60
BIC DUISDE33XXX

Schikanen für Hundebesitzer, sondern um kaputte Müllcontainer, überfüllte Papierkörbe, herumfliegenden Müll auf Straßen, verdreckte Parkanlagen, wild wuchernden Sperrmüll und Rattenplagen in Hinterhöfen.

„Wir wollen nicht, dass Duisburgerinnen und Duisburger unter Generalverdacht gestellt und in unsinnige Kontrollen gedrängt werden“, stellt Engeln klar. „Die meisten Hundebesitzer handeln verantwortungsvoll, haben Beutel dabei und räumen hinter ihrem Tier auf – ganz ohne Druck von außen.“ Statt Vertrauen in die Bürgerinnen und Bürger zu stärken, schafft die neue Regelung ein Klima des Misstrauens – dabei fehlt es der Stadt ohnehin an ausreichend Personal, um bestehende Vorschriften überhaupt effektiv zu kontrollieren. „Wer ernsthaft glaubt, dass wir flächendeckend Beutelkontrollen durch das Ordnungsamt durchführen können, hat den Bezug zur Realität längst verloren.“

„Wir hätten die Hundekotbeutelpflicht niemals gebraucht. Aber wenn man sie schon einführt, dann wenigstens rechtssicher. Stattdessen wurde eine schludrige, widersprüchliche und teils lächerlich unpräzise Verordnung beschlossen“, so Engeln weiter. „Die Verwaltung ist beratungsresistent. Die Ratsmehrheit ist kritikblind. Und am Ende zahlen die Bürgerinnen und Bürger die Zeche – mit Bußgeldern für Gummiparagraphen.“

Junges Duisburg wird weiterhin Druck machen – für eine Verwaltung, die zuhört. Für Vorschriften, die klar sind. Und für eine Stadt, in der Sauberkeit mehr bedeutet als Symbolpolitik mit Plastiktütchen.